



Darmstadt, 25. September 2009

Pressemitteilung

Zum Beginn der Interkulturellen Woche „Mitmischen ist für viele eine *Mission impossible!*“

Zum Beginn der Interkulturellen Woche an diesem Sonntag fordert der Vorsitzende des Interkulturellen Rates die Parteien zu verstärkten Anstrengungen in der Integrationspolitik auf. Die diesjährige Interkulturelle Woche steht unter dem Motto „Misch mit!“

„Für zu viele Migrantinnen und Migranten ist das ‚Mitmischen‘ aber nahezu eine *Mission impossible*“, erklärte Jürgen Micksch. Deshalb müssten in der kommenden Legislaturperiode rechtliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Migrantinnen und Migranten in der Gesellschaft tatkräftig mitmischen könnten. „Gleichberechtigt mitgestalten und mitsprechen zu können sowie wirksame Schutzmechanismen gegen Rassismus und Diskriminierung sind Grundbedingungen für das Gelingen von Integrationsprozessen.“

Hieraus, so Micksch weiter, leite sich eine Agenda ab, an der sich die neue Bundesregierung in den nächsten Jahren abzuarbeiten habe:

- Einführung des kommunales Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten;
- Erleichterung der Einbürgerung und Abschaffung des Optionszwangs für Kinder nicht-deutscher Eltern;
- Herstellung von Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten im Bildungssystem;
- Beseitigung von Benachteiligungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt;
- Abschaffung von Sondergesetzen für Asylbewerber und Geduldete;
- Verbesserung des Schutzes vor Diskriminierung;
- Intensivierung des Kampfs gegen Rassismus in allen Erscheinungsformen;
- Verstärkung des Dialogs mit Muslimen.

Von zentraler Bedeutung sei weiterhin, dass die Belange und Interessen von Migrantinnen und Migranten in der Bundesregierung wieder mehr Gehör finden. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode habe sich die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung mehr als Sprachrohr der Bundesregierung denn als Fürsprecherin für die Belange von Migrantinnen und Migranten verstanden.

Integrationsgipfel, bei denen Migrantinnen und Migranten zwar mit am Tisch sitzen, alle rechtlichen Fragen aber konsequent ausgeklammert werden, könnten eine engagierte Ombudsperson in der Exekutive nicht ersetzen. Dieser Rolle habe sich Frau Prof. Dr. Böhmer als Integrationsbeauftragte konsequent verweigert. „Sie hat damit mit der guten und sinnvollen Tradition ihrer drei Amtsvorgängerinnen gebrochen. Der oder die Integrationsbeauftragte in der nächsten Legislaturperiode sollte sich im Interesse der Sache unbedingt auf diese Tradition rückbesinnen“, so Micksch abschließend.